

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 21

Artikel: Eine Bestandsaufnahme : Regionalisierungsprozesse in der Russischen Föderation
Autor: Zürcher, Christoph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092797>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Regionalisierungsprozesse in der Russischen Föderation

Eine Bestandsaufnahme

Schon vor dem jüngsten und blutigen Machtkampf zwischen der russischen Regierung und dem Obersten Sowjet vollzog sich seit einiger Zeit ein Prozess, der für die Zukunft der Russischen Föderation von entscheidender Bedeutung ist: Ihre 90 «Subjekte» – territorial-administrative Einheiten von unterschiedlichem Status, unterschiedlicher Grösse und ethnischer Zusammensetzung – entfernen sich immer mehr vom Zentrum.

Die Ursachen dafür sind komplex: Zum Teil werden die Regionen durch die sich verschärfende Wirtschaftskrise und das Machtvakuum im Zentrum zur Selbsthilfe gezwungen, die sich in Form von politischem und wirtschaftlichem Regionalismus niederschlägt. Zugleich setzt der anstehende Kampf um politische Macht, um Verfügungsgewalt über Ressourcen und das zur Entstaatlichung anstehende Eigentum, aber auch um nationale und religiöse Emanzipation beträchtliche zentrifugale Kräfte frei.

Das Wort vom Zerfall Russlands macht die Runde, und es entbehrt nicht jeder Grundlage. Erinnerungen an das Ende der Sowjetunion, als sich praktisch über Nacht das scheinbar so festgefügte Imperium in 14 Nachfolgestaaten auflöste, werden wach. Auch wenn eine ähnliche Entwicklung für die Russische Föderation im Moment wohl auszuschliessen ist, so sind die bereits bestehenden Risse in deren Gefüge nicht zu übersehen: Im Nordkaukasus hat sich Tschetschenien bereits aus dem Verband der Föderation gelöst und ist unterwegs zu einem unabhängigen souveränen Staat, im Wolgagebiet gilt dasselbe für den Staat der Tataren und in seinem Schlepptau eine Handvoll Republiken mit so exotisch anmutenden Namen wie Mari El, Tschuvaschija oder Baschkirija. Im Fernen Osten gründen die Jakuten ihre eigene Republik, die Republik Sacha, und im hohen Norden hat die Republik Komi ihre Souveränität erklärt.

«Souveränitätsparaden» seit 1990

Aber nicht nur die Finnougrier, Turkvölker, Mongolen, Altaier oder Kaukasier drängen auf mehr Eigenbestimmung. Im

Gefolge der fundamentalen Transformation der wirtschaftlichen und politischen Strukturen entfernen sich ausser den ethnisch definierten Verwaltungseinheiten des Reichs auch immer mehr russisch geprägte Regionen vom Zentrum. Nach der «Souveränitätsparade» im Sommer 1990, als eine ganze Reihe von autonomen Republiken im Bestand der RSFR ihre Souveränität erklärte, folgte in diesem Sommer die Souveränitätsparade der Gebiete im Bestand der RF: Vologda, Sverdlovsk und der Primorskij kraj («das Gebiet am Meer») haben diesen Schritt bereits hinter sich, weitere Gebiete werden unzweifelhaft folgen.

Die ressourcenreichen Gebiete in Sibirien und im Fernen Osten können sich immer weniger damit abfinden, dass ihre Reichtümer nach Moskau fließen sollen, anstatt direkt gegen Hartwährung exportiert zu werden; die agrarisch geprägten Gebiete im Süden des europäischen Russlands verbarrikadieren sich zusehends hinter Zollschränken und Ausfuhrverboten, welche zum Teil von der wieder zum Leben erweckten Kosakenschaft gehütet werden. Das benötigte Getreide erhalten die Industrieregionen zwischen Moskau und St. Petersburg nur noch im Tausch gegen Konsumgüter, was sie wiederum dazu zwingt, den freien Güteraustausch zu regulieren und regionale Barterfonds anzulegen. Bartergeschäfte (Tauschgeschäfte auf Warenbasis) beherrschen mittlerweile die wirtschaftlichen Beziehungen auf allen Ebenen, von den Betrieben bis zu den neuen Protostaaten.

Und selbst die Stadt Peters des Grossen ist vor dem um sich greifenden Virus der «Suverenizacija» nicht sicher: Beim Referendum im April dieses Jahres sprachen sich auf eine entsprechende Zusatzfrage hin 70 % der Petersburger für die Gründung einer eigenen autonomen Republik aus, da sie der Ansicht sind, die Wirtschaftskrise lasse sich ohne Einmischung des Zentrums schneller in den Griff bekommen. Im ganzen Reich der Russischen Föderation, so scheint es, bleibt es allein den bedauernswerten Moskauern verwehrt, ihr Heil in der Abspaltung vom Zentrum zu suchen...

In Russland ist im Moment fast alles in Bewegung. Auch wenn die Situation

Zum Teil werden die Regionen durch die sich verschärfende Wirtschaftskrise und das Machtvakuum im Zentrum zur Selbsthilfe gezwungen.

Eine Integration Russlands auf der Basis eines echten föderativen Staatsaufbaus, wenn sie denn gelingen sollte, ist für die nächste Zukunft nicht zu erwarten.

nicht gar so dramatisch ist, wie das einige russische Beobachter sehen, steht eine jedoch fest: Eine Integration Russlands auf der Basis eines echten föderativen Staatsaufbaus, wenn sie denn gelingen sollte, ist für die nächste Zukunft nicht zu erwarten. Heute und für eine absehbare Zeit überwiegen die entregulierenden Kräfte.

Neue Spielregeln und alte Räume

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit verbundene Entwertung der ihr zugrunde liegenden Ideologie hat die alten Spielregeln politischen und wirtschaftlichen Handelns ausser Kraft gesetzt. Die neuen Spielregeln werden von der grossen Transformation in Richtung Marktwirtschaft und politischen Pluralismus bestimmt und haben den Handlungsspielraum für die regionalen Funktions- und Verwaltungseliten fundamental verändert. Wo sie früher mehrheitlich Befehlsempfänger innerhalb der vertikalen Machtstruktur von Partei und Fachministerien waren, tragen sie heute die Verantwortung für die politische und wirtschaftliche Entwicklung ihrer Regionen.

Seit 1991 sind die lokalen Sowjets gewählte Gremien mit echten legislativen Befugnissen, und auch das Amt des Gebietgouverneurs ist ein Wahlamt, obwohl Jelzin im Rahmen seiner Vollmachten das Recht zugesprochen erhielt, die Gouverneure einzusetzen. Faktisch jedoch sind die Gouverneure längst nicht mehr Moskaus langer Arm, sondern amten zunehmend selbstbewusst als Vertreter ihrer Regionen. Mit dem Zuwachs an Macht und Verantwortung für die regionalen Eliten ist auch eine neue Art der politischen Legitimierung verbunden: Im Unterschied zu früher, wo Loyalität gegenüber der Partei einwar mit politischer Legitimierung, ist heute die Zustimmung der Bevölkerung ausschlaggebend. Die Machtträger müssen über einen Leistungsausweis verfügen, das heisst unter den gegebenen Umständen bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise Erfolge vorweisen können.

Dies wiederum führt zwangsläufig zu einem (legitimen) regionalen Egoismus:

Es bilden sich viele kleine Wirtschaftsräume, welche mit Zollgrenzen, Regulierung des Waren- und Geldverkehrs und zwischenregionalem Tauschhandel versuchen, die eigene Bevölkerung zu versorgen. Der «postsowjetische Merkantilismus» ist ein Versuch der Krisenbewältigung, und er zeigt, dass die Reaktion auf eine Wirtschaftskrise nicht zwangsläufig zu einem erhöhten Mass an Integration führen muss, sondern ebensogut einen gegenteiligen Effekt hervorrufen kann. Unter den Voraussetzungen dieser neuen Legitimierungsmuster ist für regionale bzw. nationale Eliten die Versuchung gross, Misserfolge bei der Krisenbekämpfung auf ein «dämonisiertes Zentrum» oder auf «die Russen» abzuwälzen und so zentrifugale Kräfte weiter zu verstärken.

Die anstehende Privatisierung «sowjetischen» Eigentums und die faktische Verlagerung der Macht vom Zentrum zu den Regionen und Republiken eröffnet den regionalen Eliten die Möglichkeit, Kontrolle über Ressourcen und Privatisierungsprozesse zu erlangen und damit ihre Machtposition sowohl in der eigenen Region als auch gegenüber Moskau zu festigen. So tragen die sich im Gefolge des Systemwechsels bildenden neuen Spielregeln, deren wichtigste Elemente Privatisierung, reale Steuerungsaufgaben für lokale Eliten und eine neue Form der politischen Legitimierung für Entscheidungsträger sind, entscheidend dazu bei, dass sich der einheitliche politische und wirtschaftliche Raum der Russischen Föderation in eine Vielzahl von kleineren Einheiten aufzulösen beginnt, welche zunehmend individuelle Wege zur Krisenbekämpfung einschlagen.

Wegfall des Zentrums

Freigesetzt wurden die verschiedenen zentrifugalen Kräfte durch den Wegfall des sowjetischen Zentrums, dessen Schwäche sich bereits seit Mitte der achtziger Jahre immer deutlicher zeigte, und sie verstärkten sich in dem Masse, wie es dem russischen Zentrum nach dem Putsch im August 1991 nicht gelang, sich als zentrale (Nachfolge-)Macht mit realem Einfluss auf politische und ökonomische Prozesse zu etablieren. Mit dem Wegfall des alten Zentrums wurden die vertikalen Machtstrukturen und die Koordination auf lokaler und regionaler Ebene zerstört. Der politische und wirtschaftliche Organismus Russlands, welcher hochgradig auf zentrale Lenkung ausgerichtet war, zerfiel zusehends und schuf einen objektiven Handlungsbedarf: Um den Produktionszerfall aufzuhalten, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und den Zerfall der sozialen Infrastruktur zu verhindern, mussten die Regionen zentrale Steuer-

Der «postsowjetische Merkantilismus» ist ein Versuch der Krisenbewältigung.

funktionen zwangsläufig selbst übernehmen, sofern sie ihnen im Zuge der beschleunigten Reformen seit Sommer 1991 nicht bereits vom Zentrum abgetreten worden waren.

Der Wegfall des Zentrums zwingt die Regionen faktisch dazu, auf den aufgestauten Problemdruck (Inflation, Arbeitslosigkeit, Zusammenbruch der Versorgung, Veraltung der Produktionsmittel) auf ihre eigene Weise und den lokalen Verhältnissen entsprechend zu reagieren. Dies hat dazu geführt, dass erstens Tempo und Richtung der faktisch unternommenen Reformen von Region zu Region stark divergieren und dass diese zweitens längst nicht mehr den Charakter einer «Verordnung» von oben tragen, sondern eher als regionales Krisenmanagement zu beschreiben sind.

Rückkehr zum Konkreten

Im Reich zwischen Moskau und Magadan, welches immerhin noch vier Klimazonen, neun Zeitzonen, 130 verschiedene Ethnien und jede Stufe wirtschaftlicher Entwicklung vom reinen Agrargebiet bis hin zu hochindustrialisierten Räumen umfasst, beginnen die Regionen, vom Korsett der zentralen Planung (aber auch von der Stütze der zentralen Subventionen) befreit, sich ihren «natürlichen» Gegebenheiten entsprechend zu verhalten, was in gewisser Hinsicht durchaus als «Rückkehr zur Normalität» zu lesen ist. Die Entwicklung der Regionen und ihre Entfernung vom Zentrum wird heute in erster Linie bestimmt durch objektive Faktoren wie wirtschaftliches Profil, Ressourcen, ethnisch-kulturelle Ausrichtung, demographische Entwicklung und lokale politische Machtverhältnisse.

Allerdings wirkt auch das Erbe aus sieben Jahrzehnten sowjetischer Entwicklungspolitik unverändert weiter: Veraltete Produktionsbetriebe, ein übergewichtiger Rüstungssektor, ein verkümmertes Produktionssektor und strukturelle Ungleichgewichte infolge der auf Arbeitsteilung angelegten Industrialisierungspolitik sorgen für anhaltenden Reformdruck und bestimmen die jeweilige Reformstrategie.

Dies macht die Situation zwar nicht übersichtlicher, aber bis zu einem Grad voraussagbar — immer vorausgesetzt, dass keine dramatischen politischen Entwicklungen im Zentrum den Gang der Reformen gewaltsam in die eine oder andere Richtung beschleunigen. Aufgrund der erwähnten ökonomischen Faktoren lassen sich drei Typen von Regionen mit je unterschiedlichem Handlungsbedarf und darauf abzuleitender «Reform»- bzw. Überlebensstrategie beschreiben.

1. Regionen mit einem stark entwickelten Agrarsektor, welche in Krisensituationen ihre Lebensmittelversorgung selbst sichern können.

Sie tendieren dazu, mittels Zollschränken und Ausfuhrverboten den Warenaustausch zu kontrollieren. Die notwendigen Importe an Konsum- und Produktionsgütern decken sie mittels Tauschgeschäften mit anderen Regionen. Die Direktoren der weitgehend erhalten gebliebenen Sowchosen und Kolchosen bestimmen das politische Klima. Rasche Schritte in Richtung Marktwirtschaft und Privateigentum sind von ihnen nicht zu erwarten. Zu diesem Typ gehören Regionen des Steppengürtels im Süden Russlands wie Rostov, Stavropol oder Krasnodar, welche nicht zum eigentlichen russischen Kernland gehören, sondern erst ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ins Reich integriert wurden. Ein weiteres Spezifikum des Südens ist das wiedererstandene Kosakentum, welches separatistischen Bestrebungen eine quasinationale Legitimierung verleiht und diese so beschleunigt. Die Kosaken fordern eine Beteiligung an der Aufrechterhaltung von «law and order» mittels eigener Wehrverbände und die «Rückgabe» von Grund und Boden in ihren Gebieten.

2. Regionen mit einem hohen Industrialisierungsstand, welche sich im Moment nicht selbst mit Nahrungsmitteln versorgen können.

Sie sind darauf angewiesen, die Bedürfnisse der Bevölkerung über den Markt zu versorgen, und treiben deshalb die Reform der Eigentumsverhältnisse und die Bereitstellung einer Marktstruktur voran. Ihr vordringliches Ziel muss sein, austausch- oder exportfähige Produkte zu produzieren. In Anbetracht des vorhandenen industriellen Potentials könnte dies gelingen, falls die veralteten Produktionseinheiten erneuert werden, der übergewichtige Rüstungssektor wenigstens zum Teil konvertiert werden kann und die Versorgung mit Produktionsgütern sichergestellt wird. Diese Regionen sind infolge ihres einseitigen Wirtschaftsprofils anfällig für Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen und sind in erhöhtem Masse auf regionale Integration angewiesen. Zu dieser Gruppe zählen die Gebiete im Nordwesten mit St. Petersburg und Zentralrussland mit Moskau, im wesentlichen also der historische Kern Russlands, sowie der südliche Ural und Teile des Wolgarraums. Der russische Anteil an der Bevölkerung liegt in diesen Gebieten bei über 90 %. Regionalistische Tendenzen oder auch nur deren Legitimierung mit ethnisch-

Die Entwicklung der Regionen und ihre Entfernung vom Zentrum wird heute in erster Linie bestimmt durch objektive Faktoren wie wirtschaftliches Profil, Ressourcen, ethnisch-kulturelle Ausrichtung, demographische Entwicklung und lokale politische Machtverhältnisse.

Fortsetzung Seite 14

nationalen Argumenten sind ausgeschlossen. Im allgemeinen tragen Regionalisierungsprozesse in diesen Gebieten den Charakter eines temporären Krisenmanagements. Sie werden einer raschen Integration Platz machen, falls sich in Moskau ein Zentrum etablieren kann, welches die für hochindustrialisierte Gebiete in einer Marktwirtschaft nötigen Rahmenbedingungen, kombiniert mit föderativen Rechten, gewährleistet.

3. Regionen, in welchen einem schwachen Agrarsektor eine dominante Rohstoff-Förderindustrie gegenübersteht.

Solche Regionen tendieren zu einem «kuwaitischen» Verhalten. Sie verkaufen ihre äusserst marktfähigen Produkte ins Ausland oder tätigen Tauschgeschäfte mit anderen Regionen, um sich so mit den nötigen Produktions- und Konsumgütern zu versorgen. Der Kampf um die Verfügungsgewalt über Ressourcen, in erster Linie Öl und Gas, aber auch Edelmetalle oder Diamanten, erweist sich als der wichtigste singuläre Faktor für separatistische Tendenzen. Den durch die Schwäche des Zentrums und das rechtliche Vakuum entstandenen Spielraum nutzen die lokalen Eliten — Direktoren der Fördergesellschaften sowie die lokalen Behörden —, um auf Kosten des Zentrums die Verfügungsgewalt über die Ressourcen und damit wirtschaftliche und politische Macht zu erlangen. In diese Gruppe gehören das Gebiet Tjumen, aus welchem über 60 % des russischen Erdöls stammen, Sachalin, Magadan und Krasnojarsk sowie die ehemaligen autonomen Republiken Komi im Norden Russlands und Jakutien, welche beide ihre Souveränität erklärt haben und beim Aufbau eigener politischer und wirtschaftlicher Strukturen bereits sehr weit fortgeschritten sind. Mit Ausnahme der Republik Komi liegen alle diese Gebiete in Sibirien oder im Fernen Osten, was den sibirischen und fernöstlichen Regionalismus entscheidend fördert. Im Falle von Komi und Jakutien werden separatistische Tendenzen auch mit den Bestrebungen um nationale Autonomie zu erklären sein, obwohl der Anteil der Titulnation an der Gesamtbevölkerung nur 23 bzw. 33 % beträgt und in beiden Republiken die Russen mit fast 50 % die relative Mehrheit bilden.

Administrative Einteilung und rechtliche Ungleichheit

Die willkürliche administrativ-territorielle Einteilung mit unterschiedlichen Rechten für ethnisch oder territorial definierte Gebiete und die daraus erwachsende Unzufriedenheit der weniger bevorzugten Regionen verstärkt in hohem Masse die zentrifugalen Kräfte.

Die aus sowjetischer Zeit stammende administrativ-territoriale Gliederung der Russischen Föderation ist ein kompliziertes und oft willkürliches Gefüge aus 90 Subjekten, die in Abhängigkeit von ihrem Status über unterschiedliche politische und wirtschaftliche Rechte verfügen. Die 31 ethnisch definierten Einheiten (16 autonome Republiken, 5 autonome Gebiete und 10 autonome Bezirke), in welchen die Titulnation keineswegs immer die Mehrheit der Bevölkerung stellt, sind gegenüber den territorial definierten Gebieten deutlich bevorteilt.

Dies war schon zu Sowjetzeiten der Fall, wo innerhalb dieser Einheit eine gewisse kulturelle Autonomie möglich war, und ist heute noch mehr der Fall, seit es die Schwäche des Zentrums den Autonomen erlaubt, ihre Rechte einzuklagen und faktisch auch durchzusetzen. Obwohl sich die Autonomen ihrer Grösse, Wirtschaftskraft, Ressourcenausstattung und nationaler Gestimmtheit entsprechend in ihrem Abkoppelungsgrad von Moskau stark unterscheiden, verfügen sie doch alle über einen präsidentiellen Apparat, bestimmen selbst über ihre Ressourcen, regeln selbständig ihre Aussenhandelsbeziehungen und führen kaum noch Steuern nach Moskau ab.

Auf dem Gebiet der Autonomen lebt heute eine Bevölkerung von etwa 20 Mio Menschen, und über die Hälfte der Ressourcen der Russischen Föderation liegen in ihren Territorien, welche rund 45 % der Fläche Russlands ausmachen.

Die im Vergleich zu den direkt dem Zentrum unterstellten Gebieten günstigere Ausgangslage sowie die Möglichkeit, nationale Stimmungen zu mobilisieren, wo dies das zahlenmässige Verhältnis zwischen der Titulnation und den Russen erlaubt, führten dazu, dass sich die Autonomen rascher vom Zentrum entfernt haben als die Gebiete. Darin wurden sie ironischerweise vom damaligen Oppositionspolitiker Jelzin unterstützt, der im August 1990, als er sich im Kampf gegen das sowjetische Zentrum die Unterstützung der autonomen Republiken der Russischen Föderation sichern wollte, den Republiken riet, «soviel Souveränität wie möglich zu schlucken».

In der letzten Augustwoche 1990 folgten Tataren, Mari El und Komi als erste diesem Rat und erklärten ihre Souveränität. Dies war der Auftakt zu dem, was Beobachter etwas spöttisch die «Souveränitätsparade» nannten: Bis zum Frühjahr 1992 hatten alle autonomen Republiken ihre Souveränität erklärt, einerseits, um in der anstehenden Neugestaltung der Beziehungen zwischen Zentrum und Republiken einen «Bargaining-Chip» in der Hand zu halten, an-

Schon zu Sowjetzeiten gab es innerhalb der Einheit eine gewisse kulturelle Autonomie; und die Schwäche des Zentrums erlaubt es den Autonomen, ihre Rechte einzuklagen und faktisch auch durchzusetzen.

dererseits aber auch, wie im Fall der «reichen Republiken», konkret im Hinblick auf die eigenen Ressourcen, über welche sie in Zukunft selbst zu verfügen wünschten. Heute gibt es 20 ethnisch definierte Gebiete, welche ihre Souveränität erklärt haben.

Im Vergleich mit den Autonomen ist die rechtliche Ausgangslage für die Durchsetzung erweiterter politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung für die 55 direkt dem Zentrum unterstellten territorialen Einheiten (6 Regionen, russisch «kraj», und 49 Gebiete, russisch «oblast»), die zum Teil die Autonomen an Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Ressourcen weit hinter sich lassen, deutlich schlechter. Der Regionalismus der Gebiete speist sich denn auch zu einem grossen Teil aus ihren Bemühungen um wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den Autonomen.

Hauptärgernis der Gebiete ist die Tatsache, dass sie bis zu 60 % ihres Steueraufkommens nach Moskau abführen müssen, während der Anteil der Republiken, wenn sie überhaupt noch zahlen, bei höchstens 10 % liegt. Da überdies alle Republiken bis auf fünf vom Zentrum Zuschüsse erhalten, erstaunt es nicht, dass die Gebiete der Ansicht sind, die Republiken würden auf ihre Kosten leben.

Auf dem Gebiet der Autonomen lebt heute eine Bevölkerung von etwa 20 Mio Menschen; über die Hälfte der Ressourcen der Russischen Föderation liegen in ihren Territorien, welche rund 45 % der Fläche Russlands ausmachen.

Aber auch unter den Gebieten selbst gibt es faktisch Privilegierte und Benachteiligte. Dies geht zum Teil auf die Reformansätze Gorbatschows zurück, der sich von der Gewährung wirtschaftlicher Freiheiten für gewisse Gebiete, meist in Form von Freihandelszonen und dem Recht, über Exporteinkünfte und Devisen selbst zu verfügen, einen Impuls zur Umgestaltung und Gesundung der erschöpften Wirtschaft sowjetischen Typs erhoffte. Dieses «regionale Wunder» blieb zwar aus, doch die gewährten Sonderrechte blieben. Die dadurch entstandene rechtliche Ungleichheit treibt die weniger begünstigten Regionen dazu, die Schwäche des neuen russischen Zentrums zu nutzen und sich dieselben Rechte und Begünstigungen in bilateralen Verhandlungen mit Präsident Jelzin geben zu lassen. Bis Mitte 1992 erhielten sechs rohstoffreiche Gebiete im Norden und in Sibirien verbesserte Exportquoten, zehn weitere sind Anwärter darauf.

Kompromissbereitschaft Moskaus

Die russische Führung hat erkannt, dass eine weitere Desintegration des einheitlichen Raums nur im Rahmen verfassungsmässig garantierter Föderativrechte aufgefangen werden kann. Im März 1992 formulierte sie mit dem Föderationsvertrag die Beziehungen zwischen

dem Zentrum und 88 Subjekten (Tatarstan und Tschetschenien unterschrieben den Vertrag nicht) neu. Allerdings handelte es sich bei diesem Vertrag um eine Totgeburt, da er die hierarchische Gliederung in Republiken, Gebiete und Bezirke mit den daraus abzuleitenden Privilegien beibehielt, was die Gebiete angesichts der Machtlosigkeit des Zentrums nicht akzeptieren. Mittelfristig wird deshalb die Ausformulierung des Verhältnisses der Subjekte zum Zentrum weiterhin den Charakter bilateraler Verhandlungen tragen und sich nicht im Rahmen eines pauschalen Vertragswerks in Worte fassen lassen.

Weiter gefördert wird der Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Vergünstigungen für die Regionen und damit die Entfernung vom Zentrum durch die Tatsache, dass Jelzin im Kampf um die neue Verfassung dringend auf Bündnispartner angewiesen ist, welche er in den Vertretern der Regionen zu finden glaubt. Davon zeugen die wiederholten Versuche des Präsidenten, aus Vertretern der Republiken und Regionen ein Gremium zu schaffen, das kraft seiner moralischen Autorität und seines faktischen Einflusses die Verfassung auch unter Umgehung des Obersten Sowjets verabschieden könnte. Jelzin hat denn auch im Hinblick auf die neue Verfassung angekündigt, dass die ökonomischen Rechte aller Subjekte der Föderation einander angeglichen würden.

Zwischenbilanz

Versucht man heute eine Zwischenbilanz zu ziehen, so kann festgestellt werden, dass der Prozess der Abkoppelung vom Zentrum im Nordkaukasus und im Wolgagebiet am weitesten fortgeschritten ist. Tschetschenien sowie die Wolgarepubliken Tatarstan, Tschuvaschija Mari El und Baschkirija sind, wiewohl mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Erfolgsaussicht, unterwegs zu einem unabhängigen Staat. Der Motor für die Separationstendenzen in der Wolgaregion ist eindeutig Tatarstan, das in der Lage ist, sich selbst zu versorgen, und überdies über reiche Ölvorräte verfügt.

In diesen Gebieten kommt dem ethnischen Faktor eine zentrale Rolle zu. Kaukasier wie auch die Turk- und die finnougri-schen Völker des Wolgagebiets unterscheiden sich ethnisch und zum Teil religiös von den Russen, können zudem an eine grosse nationale Vergangenheit anknüpfen (der Widerstandskampf der Kaukasier gegen die Russen, der tatarische Staat von Kazan, der älter ist als das Grossfürstentum Moskau) und verfügen über eine übergeordnete nationale Idee (Panturkismus, Gemeinschaft der kaukasischen Völker, Kon-

Bei einer sich fortsetzenden Tendenz zur Regionalisierung und Separierung vom Zentrum ist gleichzeitig eine Tendenz zu regionalen Zusammenschlüssen feststellbar.

gress der finnougri-schen Völker) und über eine Diaspora (die dritte offizielle Sprache Tatarstans ist, nebst Russisch und Tatarisch, Englisch) oder einen grossen Bruder im Westen (Finnland für die finnougri-schen Völker). Am 23. August 1993 beschlossen die nationalen Bewegungen von Tatarstan, Baschkirija, Mordovija, Mari El, Tschuvaschija und Udmurtija, die Vereinigung der autochthonen Völker des Urals und des Wolgagebiets zu fördern. Ein entsprechender Gründungskongress soll noch Ende des Jahres stattfinden.

Ebenfalls weit vom Zentrum entfernt haben sich die Republiken Sacha (früher Jakutien) sowie eine ganze Reihe rohstoffreicher sibirischer und fernöstlicher Gebiete (Kemerovo, Nowosibirsk, Tomsk, Tjumen, Irkutsk, Chabarowsk, Wladiwostok und Sachalin). Im Fall von Sacha ist nebst dem ethnischen Faktor — die Jakuten sind ein mongolisches Volk — von grosser Bedeutung, dass die Republiken äusserst reich an Gold und Diamanten sind.

Auch im südlichen Russland (Rostow, Krasnodar, Stawropol), das mehrheitlich agrarisch ausgerichtet ist und sich gegebenenfalls selbst mit Nahrungsmitteln versorgen kann, wächst die Entfernung vom Zentrum. Hier übernimmt bis zu einem gewissen Grad das zu neuem Leben erweckte Kosakentum die Funktion der ethnischen Abgrenzung von den Russen, wobei es auch hier um Eigentumstitel geht: Die Kosaken fordern einen grossen Teil des Landes und das Recht auf Errichtung eigener Wehrverbände.

Im Zentrum Russlands, wo keine Ressourcen vorhanden sind und keine religiösen oder ethnischen Trennlinien im Hinblick auf das Zentrum aktiviert werden können, tragen regionalistische Tendenzen eher den Charakter eines Krisenmanagements. Opposition gegen das Zentrum erwächst aus dessen Rolle in der politischen und wirtschaftlichen Bewältigung der Krise, doch wird das Konzept eines russischen Staates mit dem Zentrum Moskau nicht in Zweifel gezogen.

Trotzdem regionale Zusammenschlüsse

Bei einer sich fortsetzenden Tendenz zur Regionalisierung und Separierung vom Zentrum ist gleichzeitig eine Tendenz zu regionalen Zusammenschlüssen feststellbar, wobei der Hauptzweck solcher Blöcke darin liegt, mittels einer Koalition gemeinsamen politischen Anliegen in Moskau mehr Gehör zu verschaffen und die regionale ökonomische Integration zu fördern. Es ist sehr zweifelhaft, ob dies mittelfristig auch zu einer politischen Integration führen wird.

Im Moment lassen sich folgende sieben Blöcke ausmachen:

Ein zentraler Raum mit den (Industrie-)Schwerpunkten St. Petersburg und Moskau; der Wolgaraum, wo bereits die Assoziation «Grosse Wolga» aus zwölf Gebieten und Republiken besteht; der agrarisch ausgerichtete Süden Russlands mit der «Assoziation der Städte Südrusslands»; der Nordkaukasus; das Uralgebiet mit der Assoziation «Grosser Ural» aus sechs Gebieten und zwei Republiken; Sibirien mit dem «Sibirischen Übereinkommen», welches acht sibirische Gebiete und drei Republiken umfasst; die «Fernöstliche Assoziation», bestehend aus sieben Gebieten und zwei Republiken.

Schwierige Prognosen

Prognosen über die zukünftige Entwicklung Russlands sind äusserst schwierig, und eine Beurteilung der momentanen Situation muss zwiespältig ausfallen. Mit der Regionalisierung oder gar dem Auseinanderfallen der Russischen Föderation sind grosse Risiken verbunden: Die sowieso schon prekäre Kontrolle über Massenvernichtungsmittel würde erschwert werden, die Gefahr ihrer Proliferation zunehmen. Die Armee könnte von regionalen Machthabern instrumentalisiert oder vom Zentrum zur Eindämmung separatistischer Tendenzen eingesetzt werden. Die Beachtung von Minderheitsrechten könnte in einem Raum, der in eine Vielzahl von autonomen Subjekten zerfallen ist, kaum noch kontrolliert, geschweige denn durchgesetzt werden. Ferner erfordern die katastrophale ökologische Situation und das Problem der Kernreaktoren ein handlungsfähiges Zentrum. «Die Erneuerung Russlands beginnt in der Provinz.» Ob dieser oft gehörte Satz mehr als nur Wunschdenken und Beschwörungsformel ist, wird sich in den nächsten Jahren erweisen.

Christoph Zürcher

«Die Erneuerung Russlands beginnt in der Provinz.» Ob dieser oft gehörte Satz mehr als nur Wunschdenken und Beschwörungsformel ist, wird sich in den nächsten Jahren erweisen.